



märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Juni 2021 – www.dielinke-opr.de



Unser Spitzen-Duo

Die Hessin **Janine Wissler** und der Mecklenburger **Dietmar Bartsch** führen die Partei DIE LINKE in den Bundestagswahlkampf. Wissler (40) machte deutlich, was sie sich von der Bundestagswahl erhoffe: »Unser Ziel ist klar: Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel in diesem Land. Soziale Garantien und Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Wir kämpfen dafür, dass nicht die Beschäftigten die Kosten der Pandemie zahlen, sondern Superreiche und Krisengewinner wie Amazon.«

Bartsch (63) ergänzte seine Co-Spitzenkandidatin: »Wir wollen einen erfolgreichen und begeisternden Bundestagswahlkampf auf das Parkett legen. Die Partei motivieren und mitreißen und mit dieser Schwungkraft die Wählerinnen und Wähler begeistern und an die Wahlurne ziehen.« Der Slogan ist auf jeden Fall schon sehr passend: »Gemeinsam machen wir das Land gerecht.«

Es ist an der Zeit: Sommer, Sonne und Sozialismus

Die Zahl der Corona-Infektionen sinkt gerade nahezu dramatisch. Die Temperaturen steigen. Das bedeutet für mich, dass der Bundestagswahlkampf nun endlich richtig los geht. Wahlkampf bedeutet immer, sich auch mit völlig neuen Themen in der Region zu befassen und viele interessante Menschen kennen zu lernen. Das macht den Zauber in dieser dann doch fordernden Zeit aus.

Besonders bewegt mich – nicht nur momentan – die Situation im Gesundheitswesen. Nicht erst die Krise macht deutlich, dass Profitlogik in der öffentlichen Daseinsvorsorge und speziell im Gesundheitsbereich nichts zu suchen hat. Das Fallpauschalensystem in den Krankenhäusern muss abgeschafft, die medizinische Versorgung in der Fläche sichergestellt und die Bezahlung der Beschäftigten in diesem Bereich deutlich verbessert werden. Das zeigen gerade auch die Tarifauseinandersetzungen bei den Asklepios Fachkliniken Brandenburg. Für mich ist es wichtig, bei den Warnstreiks nicht nur vor Ort zu sein, sondern diese auch politisch zu unterstützen. Sind doch die Forderungen mehr als berechtigt. Unter anderem sind dies

eine Angleichung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes und – das muss man sich mehr als 30 Jahre nach der Wende einmal vorstellen – eine Angleichung der Arbeitszeit an die Kolleg:innen im Westen bei vollem Lohnausgleich.

Kurz: Ich möchte, dass wir die richtigen Lehren aus der aktuellen Pandemie ziehen. Der Kosten- und Profitdruck im Gesundheitswesen muss beendet werden. Denn der Staat ist für die Daseinsvorsorge zuständig!

Gleichzeitig ist wichtig, dass wir gemeinsam für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen – in den urbanen Zentren und im ländlichen Raum – kämpfen. Das betrifft den öffentlichen Personennahverkehr genauso wie den Zugang zur digitalen Infrastruktur, zu Bildungsangeboten und zu medizinischen Leistungen. Aber auch die sozialen Verwerfungen müssen dringend angegangen werden! Es ist nämlich eine Gerechtigkeitsfrage, dass Hartz-IV endlich überwunden wird. Es ist eine Gerechtigkeitsfrage, dass es endlich gleiche Renten in Ost und West gibt. Es ist eine Gerechtigkeitsfrage, dass die Löhne steigen und kein Kind mehr in Armut lebt. Und es ist eine Ge-

rechtigkeitsfrage, dass alle gleichermaßen am öffentlichen Leben teilhaben können.

Unsere wichtigste Aufgabe wird aus meiner Sicht sein, dafür zu sorgen, dass die Kosten der Krise nicht von denen getragen werden, die bereits jetzt schon am meisten darunter leiden. Die Kosten der Krise müssen von denjenigen getragen werden, die die meisten Gewinne damit gemacht haben. Seien es die großen Versandkonzerne, seien es Politiker und Unternehmen, die am Verkauf der dringend benötigten Masken und Schnelltests verdient haben oder diejenigen, die gerade ihren Reibach mit den zu viel angegebenen Leistungen in den Testzentren machen.

Es bleibt also nach wie vor viel zu tun. Lassen Sie uns ins Gespräch kommen und bleiben! Ich nehme gerne Ihre Anregungen auf und beantworte Ihre Fragen. Dazu komme ich auch gern an Ihre Haustür oder in Ihren Garten. Sie können uns auch gerne im Wahlkampf unterstützen und bei uns LINKEN Mitglied werden. Auf Seite 8 finden Sie unsere Kontaktadressen.

Anja Mayer, Kandidatin der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 56 (Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I)

2

Meinungen

Tagespflege in Gefahr

Spahn will Budgetkürzungen für die Pflege von Kranken und Senior:innen

4

Kommunalpolitik

Quo Vadis – Ruppiner Kliniken

Eine Gegendarstellung zur Mär von SPD und Grünen

7

Gesellschaft

40 Jahre – Gedenkstätte

Belower Wald
Engagierte Erinnerungskultur

Kommentar

Die Masken fallen erneut!

Nun ist es keine Neuheit, dass sich die CDU per Beschluss von der Partei DIE LINKE abgrenzt. Wohin das führte, zeigte sich im vorigen Jahr, als die CDU – gemeinsam mit der AfD – nur um Bodo Ramelow (DIE LINKE) als erneuten Ministerpräsidenten von Thüringen zu verhindern, den FDP-Politiker Thomas Kemmerich wählte. Da dieses Spiel aber nicht aufging, weil die Bundes-CDU dagegen intervenierte, sah sich die Thüringer CDU gezwungen, mit den Regierungsparteien DIE LINKE, SPD und GRÜNE einen Kompromiss zu schließen, der beinhaltete, nach einem Jahr eine Neuwahl des Ministerpräsidenten durchzuführen. Dieser Termin steht jetzt an, die Wahl findet gemeinsam mit der Bundestagswahl am 26. September statt.

Nun steht die Thüringer CDU aber erneut vor einem Debakel. Nach den neuesten Umfragen würde DIE LINKE wieder stärkste Kraft im Land und im Landtag werden. Und nun erschüttert die Thüringer CDU ein Maskenskandal durch einen ihrer führenden Bundespolitiker, und sie steht vor der Frage, wer sie im Bundestagswahlkampf führen soll.

Aber die Thüringer CDU, die eine gewisse Affinität nach rechts hat, fand schnell einen neuen Spitzenmann. Der bekannterweise auf dem rechten Auge blinde ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen soll als Direktkandidat für die Thüringer CDU in den Bundestag. Offensichtlich will man damit Potenzial der AfD für die CDU gewinnen. Dass das wieder »in die Hose« gehen wird, dazu braucht man kein Orakel, weil selbst Söder und Laschet ganz offen an der Eignung Maaßens zweifeln. Der CDU-Mann Daniel Günther, Ministerpräsident aus Schleswig-Holstein, rief sogar dazu auf, statt seines Parteifreundes Maaßen lieber Kandidat:innen von demokratischen Parteien zu wählen.

Achim Müller

Tagespflege in ernsthafter Gefahr

Geht es nach dem Willen des Bundesgesundheitsministeriums, soll das Budget für die Tagespflege von Kranken oder Senior:innen um 50% gekürzt werden. Dies geht aus einem Arbeitsentwurf von Spahns Ministerium hervor. Demnach soll für diejenigen Bedürftigen, die von einer ambulanten Pflegeeinrichtung betreut werden, der gesetzliche Zuschuss für die Tagespflege halbiert werden. Das ruft nicht nur den Protest der Betreiber von Tagespflegen, ambulanten Pflegeeinrichtungen, Betroffenen und vor allem von Angehörigen der zu betreuenden hervor.

Wenn die gesetzlichen Leistungen gekürzt werden, müssen die Angehörigen für das Defizit aufkommen und eventuell sogar ihren Job aufgeben, da sie sich selbst um die zu pflegende Person kümmern müssen. Oder die Pflegebedürftigen müssen ihre Besuche in den Einrichtungen einschränken. Außerdem fürchten die Betreiber von Tagespflegeeinrichtungen um ihr Überleben und um die Vergütung ihrer Mitarbeiter.

Das Menschliche bleibt auf der Strecke

Das sind aber nur die ökonomischen Probleme. Was es menschlich mit den Betroffenen macht, ist noch gar nicht absehbar. Hunderte von kranken oder alten Menschen, die ambulant in ihrer häuslichen Umgebung behandelt, versorgt und betreut werden, besuchen eine Einrichtung der Tagespflege, wo sie sich mit Gleichgesinnten austauschen können, beschäftigt oder einfach nur tagsüber fachgerecht betreut werden. Die Tagespflege besuchen in der Regel Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen, die in ihrer häuslichen Umgebung behandelt und versorgt werden, meist durch Angehörige und ambulante Pflegedienste welche hauptsächlich die medizinische Versorgung, Behandlung und Betreuung absichern. Für die Zeit, wo keine Versorgung und Betreuung möglich ist, wird oft eine

Ines Nowack ist neue Vorsitzende

Seit längerem deuteten sich bei den LINKEN personelle Wechsel an. Der Kreisvorstand entschied, aufgrund der geltenden Eindämmungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem SARS-CoV-2-Virus, gänzlich auf einen Präsenzparteitag zu verzichten. Stattdessen organisierten die Genossen eine rein digitale Veranstaltung.

Die 37 Teilnehmer wählten einen elfköpfigen Kreisvorstand. An die Spitze wurde die 58-jährige Protzenerin Ines Nowack gewählt. Sie folgt damit Paul Schmudlach, der seit 2015 Vorsitzender des LINKEN-Kreisverbandes war und als Beisitzer weiterhin Teil des neu gewählten Vorstandes ist. Die Neuruppiner Stadtverordnete Jenny Salzwedel wurde zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt. Die Finanzen der Partei werden auch in Zukunft von Kerstin Brendler verwaltet. Neu im Geschäftsführenden Vorstand sind Lukas Blank und Maximilian Pintaske. Blank übernimmt die geschäftsführenden Aufgaben von Justin König, währenddessen in Pintaskes Aufgabenfeld die Schriftführung fällt. Den Kreisvorstand komplettieren fünf weitere Mitglieder. Gewählt wurden:

Tagespflege in Anspruch genommen. Die betroffenen Menschen verlassen früh – in der Gewissheit, abends wieder zurück zu kehren – ihre gewohnte häusliche Umgebung.

Ambulant vor stationär

Das war bisher ein bewährtes Rezept in der Seniorenpflege. Nun will Spahn und sein Ministerium diese bewährte Praxis auf den Kopf stellen. Wenn das Ministerium davon ausgeht, dass die »vollstationäre Pflege (also Altenheim) qualitativ genauso gut sei wie die Versorgung durch die Tagespflegen und ambulanten Pflegen«, dann weiß man, wohin das Ministerium steuert. Das Gesundheitsministerium rechnet die Leistungen der ambulanten- und Tagespflege zusammen und kommt zu dem Schluss, dass ein Altenheimplatz genau so viel kostet. Das sich aber ein älterer Mensch in seiner gewohnten Umgebung wohler als in einem Heim fühlt, interessiert die Ministerbürokraten anscheinend nicht. Sie können mit ihren fetten Gehältern ihre Angehörigen ja weiter in Tagespflegen betreuen lassen, der Normalbürger jedoch nicht.

Zur Erläuterung: Die Kosten für eine Tagespflege richten sich nach dem Pflegegrad des Bedürftigen. Es gibt fünf Pflegegrade, die in einer Begutachtung des/der Bedürftigen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen ermittelt werden. Bei Pflegegrad zwei beteiligt sich die Pflegekasse lt. Gesundheitsministerium mit monatlich max. 689 Euro an der Unterbringung in einer Tagespflege. Beim höchsten Pflegegrad 5 (Bettlägerig) beteiligt sich die Kasse mit bis zu 1995 Euro. Die Thüringer Leiterin einer Tagespflege, Sike Möhring, hat gegen diese Pläne des Gesundheitsministeriums eine Petition gestartet, die im April 2021 schon 20.000 Menschen unterschrieben hatten.

Achim Müller

Cornelia Böhme, Doris Hochschild, Ernst-Moritz Leist, Kai Pohle und Christian Richter. Herzlichen Glückwunsch allen Gewählten!

Paul Schmudlach und Justin König zogen ihrerseits Bilanz. Schmudlach zeigte sich erfreut, dass sich die Mitgliederstärke in Höhe von 250 Genossen stabilisierte. Beide stellten fest, dass die Partei, trotz sinkender Wahlergebnisse in Bund und Land, vor Ort weiterhin eine feste kommunalpolitische Größe sei. Erst im Frühjahr dieses Jahres wurde in Rheinsberg ihre vierte Geschäftsstelle eröffnet. Von dieser Flächenpräsenz und Bürgernähe sind andere politische Parteien weit entfernt.

Ines Nowack sprach in ihrer Rede davon, dass linker Veränderungswille notwendig sei, um strukturelle Gründe für Ungerechtigkeit, Umweltverschmutzung und globale Ungleichheit anzugehen. Sie betonte, dass der Kreisverband vor der großen Aufgabe stünde, gerade jetzt, in der langen Zeit nach und mit dem Lockdown, weiter für ein solidarisches Miteinander zu streiten.

Helfen statt reden in Protzen



Die GAB, also die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, gibt es seit 1992. Sie ist gemeinnütziger Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Projekten. Beim vergangenen Besuch wurden in Protzen bereits FFP2-Masken gespendet. Nun brachten Anja Mayer (links) und Dieter Sarnow (rechts) Schnelltests vorbei, und Kirsten Tackmann konnte noch 500 Euro vom Verein der Fraktion DIE LINKE im Bundestag für die Anschaffung eines Computers übergeben. Klar ist aber auch: DIE LINKE stopft hier Löcher, um die sich eigentlich der Staat kümmern müsste! Aber leider sind insbesondere solche Träger, die eine tolle Arbeit vor Ort leisten und Menschen eine Perspektive bieten, nicht auf der Agenda der Bundesregierung. Deshalb braucht es im Bundestag eine starke LINKE als Lobby für Benachteiligte!

Haben ist besser als brauchen!

Mit diesem Satz begründete die brandenburgische Finanzministerin die geplante weitere Verschuldung des Landes Brandenburg um 515 Millionen Euro mittels eines Nachtragshaushaltes. Wofür diese halbe Milliarde gebraucht wird, dazu blieb die Koalition bisher jede Antwort schuldig. Fakt ist, die Corona-Pandemie ist noch lange nicht vorbei, und die bisher in 2021 geplanten finanziellen Mittel in Höhe von 235 Millionen zur Bewältigung dieser Krise sind nahezu aufgebraucht. Doch sieht man sich den Jahresabschluss des vergangenen Haushaltsjahres an, fällt auf, dass in der allgemeinen Finanzrücklage des Landes mehr als 1,6 Milliarden schlummern. Stutzig macht zudem der Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes – ganze 5 Seiten. Dort steht wörtlich, dass die nicht in diesem Jahr benötigten Gelder der geplanten weiteren Neuverschuldung in ein Sondervermögen des Landes für die weiteren Haushaltsjahre überführt werden. Übersetzt: Die Kredite werden auf jeden Fall getätigt, die Rücklage wird geschont und die Koalition polstert sich auf für den Rest der Legislatur.

Seriöse Finanzpolitik sieht anders aus, kritisierte nicht zu Unrecht der Landesrechnungshof. DIE LINKE wird die Debatte nutzen, um deutlich zu machen, dass grundsätzlich nichts gegen eine weitere Kreditaufnahme spricht. Doch im Gegensatz zur Kenia-Koalition wird die Linksfraktion Vorschläge einbringen, um die 515 Millionen zu untersetzen. Denn Geld wird tatsächlich für ein Investitionsprogramm in den brandenburgischen Kommunen benötigt. Es werden nicht zuletzt die Städte, Ämter und Gemeinden sein, in denen die Steuereinnahmen ab 2022 massiv wegbrechen werden. Es ist schon bezeichnend, dass wenige Tage vor der Bekanntgabe der Mai-Steuerschätzung die kommunalen Spitzenverbände genötigt werden, einem »Kompromiss« zuzustimmen, worin sie »freiwillig auf Millionenbeträge verzichten, die ihnen bisher durch den Finanzausgleich zugestanden haben.

Mit der Mai-Steuerschätzung wurde offenbart, dass das Land mit deutlich mehr Einnahmen rechnen kann, als bisher angenommen wurde. Der finanzielle Spielraum für Brandenburg erhöhte sich um über 200 Millionen Euro. Das Geld wird zudem benötigt für eine Starthilfe der Kunst- und Kulturlandschaft, für weitere Testmöglichkeiten in Kita und Schule, für die Fortführung und Beschleunigung der Impfkampagne und vieles mehr. Unverantwortlich ist dagegen, das Geld zu bunkern und darauf zu vertrauen, dass der Bund weiterhin den Großteil der finanziellen Lasten für das Land Brandenburg stemmt.

Ronny Kretschmer



Der Neuruppiner Ronny Kretschmer, der in Wildberg aufgewachsen ist, sitzt seit 2019 im Brandenburger Landtag. Der 45-jährige gehört der Linksfraktion an und ist deren Haushalts- sowie gesundheitspolitischer Sprecher. Darüber hinaus ist der gelernte Krankenpfleger Aufsichtsratsvorsitzender der Ruppiner Kliniken. Weiterhin ist er stark kommunalpolitisch verwurzelt. Er ist Mitglied der Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung sowie des Kreistages Ostprignitz-Ruppin. Sein Bürgerbüro befindet sich in 16816 Neuruppin in der Schinkelstraße 13.

Kurzmeldungen

Alter digital gestalten

Auf der digitalen Preisverleihung des Gesundheitspreises Brandenburg wurde die Volkssolidarität Prignitz-Ruppin durch die AOK Nordost als Preisträger mit dem 2. Platz und einem Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro ausgezeichnet. Voller Stolz nahmen Lissy Boost, Erika Jeske und Andy Stolz – stellvertretend für die vielen Beteiligten – den Innovationspreis entgegen. Die Auszeichnung und die Anerkennung für die geleistete Arbeit im Bereich der Digitalisierung bestärkt den Verbandsbereich, sich diesem Themenfeld weiterhin aktiv zu widmen. Digitalisierung bietet Älterwerden, Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen Möglichkeiten, die Selbständigkeit und die Teilhabe am Leben zu fördern und zu erhalten – getreu dem Motto: »Miteinander – Füreinander«.

Aufgelesen

URLAUB

Balkongeflüster
Grillgeplänkel
Nachbarschaft
dabei zu sein

Janina Niemann-Rich
Lyrikerin

Neues aus den Kommunen

Kyritz. Die Stadtvertretung tagte am 28. April 2021 in der Aula der Carl-Diercke-Schule. Inhaltlich war hier die mehrheitliche Entscheidung der StVV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wichtig, dass der »Markt der regionalen Möglichkeiten« im laufenden Jahr 2021 wieder im Seemfeld (Ferienzentrum) und im Jahr 2022 auf dem Marktplatz stattfinden wird. Dieser Markt ist ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Er wird von vielen regionalen Erzeugern und Menschen »angesteuert«. Für die engagierten und ehrenamtlich arbeitenden Menschen war das Signal der Stadt bedeutsam, dass für die nächsten zwei Jahre Ort und Finanzierung gesichert sind.

Weitere wichtige Entscheidungen waren die Verpachtung der Fischereirechte im Bereich der Kyritzer Seenkette (abgestimmte Entscheidung mit der Stadt Wusterhausen/Dosse) an den Landesanglerverband Brandenburg e. V. und das Bekenntnis zur »Biologischen Vielfalt in den Kommunen«.

Parallel dazu beschäftigen sich derzeit alle Fraktionen mit dem Thema »Kita Kunterbunt/Nachbarschaftshaus«, wo es um die städtebaulich, organisatorisch und vor allem wirtschaftlich sinnvollste Entscheidung im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt geht. Die Gespräche mit der Bürgermeisterin laufen.

Holger Kippenhahn
Fraktionsvorsitzender

Kreistag. Am 22. Juni kommt der Kreistag zu seiner nächsten Beratung zusammen. Die Sitzung wird erneut in der Graf-von-Lindenu-Halle in Neustadt/Dosse stattfinden. Die Tagesordnung verspricht, dass dies eine hitzige Sitzung werden wird.

Die grüne Fraktion hat beantragt, unser Fraktionsmitglied Ronny Kretschmer, einen erfahrenen Gesundheits- und Finanzpolitiker, aus dem Aufsichtsrat der PRO Klinik Holding GmbH abzuberufen. Behandelt wird der Antrag im öffentlichen Teil.

In der Linksfraktion gibt es einige Gremienwechsel und somit **neue Ansprechpersonen**. Ines Nowack wechselt mit Justin König die Ausschüsse. Nowack war bisher Vorsitzende des Sozial- und Petitionsausschusses und wird fortan im Jugendhilfeausschuss mitwirken, wo es König zuletzt gelang, linke Akzente zu setzen. Marco Liebsch wird Anstelle von Sylvia Zienecke im Sozial- und Petitionsausschuss als sachkundiger Einwohner seine gesundheitspolitische Expertise einbringen.

Die Fraktion bedankt sich ganz herzlich bei Sylvia Zienecke für Ihr engagiertes Wirken und Ihre Arbeit in den vergangenen Jahren! Darüber hinaus wird Hagen Hoffmann zum Mitglied des Örtlichen Beirates – Jobcenter Beirat – berufen. Auf eine gute Sach- und Zusammenarbeit!

Justin König, Fraktionsvorsitzender

Quo vadis – Fragen über Fragen der Grünen und der Presse in zu den Ruppiner Kliniken

Seit dem Weggang von Dr. Voth als ärztlichem Direktor der Ruppiner Kliniken gab es seitens des Landrats, seitens des Grünen-Politikers Freese und seitens des Ruppiner Anzeigers eine nicht objektive Berichterstattung.

Gemessen an der Tatsache, dass sich viele Menschen nicht mit der Komplexität der Aufgaben und Entscheidungen von Aufsichtsräten auseinandersetzen, lässt das nur den Schluss zu, dass hier bewusst eine einseitige öffentliche Meinung geschaffen werden soll. Das ist politisch undemokratisch und journalistisch mangelhaft. Außerdem schadet es der eigentlichen Sache: Einer medizinischen Schwerpunktversorgung der Menschen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin durch ein Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Kommen wir zu den Fakten:

Im Ruppiner Anzeiger war von einer Dominanz der Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat der PRO Klinik Holding zu lesen. Dies ist auch ein wiederkehrendes Argument von Landrat Reinhardt – mit freundlicher Unterstützung der Grünen und der SPD – bei seinen stetigen Bestrebungen, die paritätische Mitbestimmung auszuhebeln.

Die PRO Klinik Holding als Unternehmen beschäftigt rund 2.600 Mitarbeiter:innen. Bei dieser Größe ist auf rechtlicher Grundlage (Mitbestimmungsgesetz, Aktiengesetz, GmbH-Gesetz) ein paritätischer Aufsichtsrat zu bilden. Juristisch ist unter Transparenzgesichtspunkten öffentlich einsehbar, wer diesem paritätischen Aufsichtsrat angehört.

Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Mitgliedern. Diese unterteilen sich in sechs Arbeitnehmer-Vertreter:innen und sechs Anteilseigner-Vertreter:innen. Von einer Dominanz der Arbeitnehmer-Vertreter:innen kann also keine Rede sein.

Die sechs Anteilseigner-Vertreter:innen/Arbeitgeber-Vertreter:innen sind der Landrat und fünf Abgeordnete des Kreistages. Namentlich sind das Ralf Reinhardt (SPD), Michael Bülow (SPD), Dr. Manfred Mießner (AfD), Harald Krumhoff (Bauern), Dr. Philipp Wacker (CDU) und Ronny Kretschmer (DIE LINKE).

Vielleicht geht es dem Grünen-Politiker Wolfgang Freese als Unterstützer des Landrates bei seinen Versuchen der Abschaffung der paritätischen Mit-

zur Rolle des Landrates, Sachen Berichterstattung in den letzten Wochen

bestimmung um mehr Einflussnahme?

Wie ist es sonst zu erklären, dass er die Abberufung des LINKEN-Politikers Ronny Kretschmer aus dem Aufsichtsrat und somit dessen Abberufung als Vorsitzenden des Aufsichtsrates fordert? Das untermauert der Grünen-Politiker mit einer klaren Unwahrheit. Er unterstellt, dass Ronny Kretschmer, der sich jederzeit für die paritätische Mitbestimmung im Sinne der Klinik-Mitarbeiter:innen einsetzt, bei der Personalentscheidung des ehemaligen ärztlichen Direktors im Alleingang gehandelt habe. Das ist so unsinnig wie faktisch nicht möglich.

In Unternehmen vergleichbarer Struktur ist für Personalentscheidungen in Sachen Geschäftsführung ein Personalausschuss innerhalb des Aufsichtsrates verantwortlich (Aktien- sowie GmbH-Gesetz). Dieser besteht bei paritätischen Aufsichtsräten vergleichbarer Größe üblicherweise aus vier Mitgliedern; zwei Arbeitnehmer-Vertreter:innen und zwei Arbeitgeber-Vertreter:innen.

Bevor die Presse Behauptungen des Landrates und des Grünen-Politikers Freese vorbehaltlos in die Öffentlichkeit setzt, wäre es journalistische Pflicht gewesen, diese Behauptungen zu hinterfragen.

Wie setzt sich der Personalausschuss des Aufsichtsrates der PRO Klinik Holding zusammen? Wie ist er personell besetzt? Was ist die Aufgabe des Personalausschusses?

Spätestens dann dürfte klar sein, dass es keine Dominanz der Arbeitnehmer-Vertreter:innen gibt, dass Alleingänge von Einzelpersonen faktisch nie möglich sind, die Entscheidung zur Umgestaltung der ärztlichen Direktion aus unternehmensinternen Notwendigkeiten eine deutliche Mehrheitsentscheidung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter:innen gewesen sein muss und die Regeln rechtskonform eingehalten wurden.

Vielmehr sollte die Presse die Frage stellen, warum das Unternehmen unter dem Landrat als Aufsichtsratsvorsitzenden in eine derartige finanzielle Schieflage geraten ist, dass der Sanierungsfall ausgerufen werden musste.

Warum stellt die Presse nicht die Frage, warum es nach der Abwahl des Landrates vom Aufsichtsratsvorsitz im November 2019 mit dem Unternehmen wieder bergauf ging? Warum stellt die Presse nicht die Frage, warum der Landrat permanent mit politischen und juristischen Winkelzügen

versucht, die paritätische Mitbestimmung auszuhebeln?

Die politischen Debatten bezüglich des medizinischen Schwerpunktversorgers finden permanent im nicht-öffentlichen Teil des Kreistages statt.

Haben die Menschen als steuerzahlende Personen im Landkreis OPR nicht das Recht, zu erfahren, wie es um die Ruppiner Kliniken als einzigem nicht-privaten Gesundheitsversorger im Landkreis steht?

Warum vermeiden der Landrat und der Landkreis ein klares Bekenntnis, die Ruppiner Kliniken als Schwerpunktversorger in öffentlicher Hand zu lassen? Das haben uns die Landkreise Barnim, Uckermark sowie die Stadt Eberswalde voraus. Mit ihrer Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) in öffentlicher Hand setzten sie ein klares Signal, die Gesundheitsversorgung der Menschen in ihrem Verantwortungsbereich nicht den privaten, renditeorientierten Konzernen zu überlassen. Auch für die Mitarbeiter:innen in den zugeordneten Strukturen war das ein klares Bekenntnis und eine klare Wertschätzung.

Warum hinterfragt die Presse nicht das Verhalten des Landrates bei der Absetzung des ehemaligen Geschäftsführers Horst-Michael Arndt? Wäre hier alles korrekt vorgegangen, wären der PRO Klinik Holding und dem Landkreis etliche Kosten durch juristische Verfahren erspart geblieben.

Warum hinterfragt die Presse nicht, warum viele Mitarbeiter:innen unter der Ägide des vor zwei Monaten gegangenen ärztlichen Direktors das Unternehmen verlassen haben?

Damit sind nicht die häufig ihrer eigenen Karriere folgenden Mitarbeiter:innen gemeint, für welche die Kliniken ein Sprungbrett sind. Gemeint sind die langjährigen Mitarbeiter:innen, für welche die Kliniken eine Herzensangelegenheit waren.

Eine Presse, die nicht hinterfragt, sondern vorbehaltlos einseitige Meinungen des Landrates und eines einzelnen Grünen-Politikers veröffentlicht, macht sich zum Zentralorgan derjenigen.

Das ist undemokratisch, nicht seriös, vorverurteilend und schadet dem Ruf unserer Kliniken.

Marco Liebsch
ehem. Aufsichtsratschef

Neues aus den Kommunen



Wittstock. Kurz vor der Sommerpause muss die Stadtverordnetenversammlung (StVV) in Wittstock noch über zwei wichtige Themen, die Stadt betreffend, befinden. Das ist zum einen die Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kitabetreuung, die am 01.08.2021 in Kraft treten muss, und zum anderen ein Beschluss über die Gründung eines Schulzentrums für den zukünftigen Bildungscampus auf dem Gelände der »Alten Tuchfabrik« am Dosseteich für das Schuljahr 2026/27.

Ersteres betreffend fand Anfang Mai eine Klausurtagung für alle Stadtverordneten und für die sachkundigen Einwohner des Finanz- und des Bildungsausschusses statt, welche sehr gut angenommen und durch die Verwaltung inhaltlich perfekt vorbereitet wurde. Die Amtsleiterin Frau Klahn und ihre Mitarbeiter konnten mit ihrer Fachkompetenz die zahlreichen Fragen der Teilnehmer beantworten. Das ist auch Grund dafür, dass die eigentliche Beschlussvorlage sowohl den Finanz- als auch den Bildungsausschuss anstandslos passieren konnte. Was wir als LINKE wohlwollend zur Kenntnis nahmen, ist die Tatsache, dass unter dem Strich zwar für einige Besserverdienende die Gebühren etwas steigen werden, aber für die Mehrheit der Eltern die Gebühren im Vergleich zur alten Satzung sozial verträglicher ausfallen. Nun müssen noch der Hauptausschuss und die StVV darüber befinden, was meiner Meinung nach genauso anstandslos erfolgen wird.

Über den zweiten Beschluss müssen wir jetzt schon abstimmen, auch wenn er erst 2026/27 greifen wird, da bei einer Befürwortung noch viele organisatorische und konzeptionelle, also inhaltliche Fragen und Probleme, mit den verschiedensten Instanzen (einschließlich Ministerium) zu klären sind. Auch hier muss positiv erwähnt werden, dass seitens der Verwaltung von Anfang an transparent gearbeitet wurde. Was bezüglich des Bildungscampus zur Zeit geplant wird, ist eine Klausurtagung, bei der die Abgeordneten eine komplette, umfassende Übersicht zur Finanzierung dieses Großprojektes diskutieren können. Das wird hoffentlich noch im Juni erfolgen. Es ist also noch einiges zu tun.

Angelika Noack
Fraktionsvorsitzende



Haben wir über unsere Verhältnisse gelebt? (Teil 2 von 2)

Ines Nowack skizziert die fundamentalen Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Was verändert sich?

Bis Mitte der 70er Jahre war die Produktion des stofflichen Reichtums (Waren, Dienstleistungen) Mittel zum Zweck für die Vermehrung des abstrakten Reichtums (Kapital). Heute ist die Produktion des stofflichen Reichtums nicht einmal mehr Mittel zu diesem Zweck, sondern sie ist bloßes Anhängsel und vollkommen abhängig von der Vermehrung des abstrakten Reichtums. Der stoffliche Reichtum, die Gebrauchsgüter, die öffentliche Infrastruktur, die Sozial- und Gesundheitssysteme sind nicht mehr systemrelevant und können ohne große Bedenken geopfert werden, wenn es darum geht das Finanzsystem zu retten oder zu stabilisieren. Systemrelevant ist das Finanz- und Bankensystem und nicht mehr die stoffliche Produktion. Die große Masse der Bevölkerung, also diejenigen, die darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, verliert ihre Verhandlungsmacht, nicht nur, weil sie ersetzbar sind, sondern insbesondere, weil die Verausgabung von Arbeit in der Produktion von Waren nicht mehr das Zentrum der kapitalistischen Dynamik darstellt.

Wo liegen die Grenzen der Akkumulation des fiktiven Kapitals?

Auf der einen Seite ist die Akkumulation des fiktiven Kapitals nicht mehr auf die Verwertung von Arbeitskraft in der Produktion angewiesen, es braucht jedoch Referenzen, Illusionen oder Phantasien in den Märkten für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung. Die Vernetzung der Informations- und Kommunikationstechnologien ist heute so weit vorangeschritten, dass Sektoren der Arbeit wegrationalisiert werden können. Die Produktivitätsentwicklung schreitet im beschleunigten Tempo voran und schmälert damit die Grundlage der Kapitalverwertung. Es wird immer schwerer Referenzen zu finden, die darauf hinweisen, dass es in Zukunft zu einer Einlösung der Ansprüche auf zukünftigen Wert kommt. Die angehäuften Ansprüche auf zukünftigen Wert werden durch die Staaten abgesichert, mit dem Versprechen, wenn es nicht an den Märkten eingelöst werden kann, dann tun wir es. Die Zentralbanken springen zusätzlich in die Bresche mit zinslosen Kreditgeld, um den Banken die Möglichkeiten zu geben, mit dem kostenlosen Geld weitere Finanzanlagen zu tätigen. Darüber hinaus kaufen sie im großen Stil Staatsanleihen auf, sie finanzieren also die Staaten direkt und schaffen auf diesem Weg direkt fiktives Kapital. Dadurch passiert eine weitere Verschiebung der Krisenlogik

auf die Ebene des Geldes, wodurch die Grundlagen für eine Krise des Geldmediums, sprich Hyperinflation gelegt sind.

Was sind die gesellschaftlichen Folgen?

Die Staatsverschuldung explodiert. Die öffentlichen Dienste, die Infrastruktur werden kaputtgespart. Sparprogramme werden aufgelegt, obwohl klar ist, die Schulden werden nie zurückgezahlt. Damit signalisieren die Staaten den Finanzmärkten die Bereitschaft seiner Bevölkerung große Opfer abzuverlangen, damit diese ihnen neues Geld leihen. Sie sparen also, um sich weiter zu verschulden. Fazit: Die Phrase »Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, wir haben auf Kosten der Zukunft gelebt.« stimmt im Bezug auf die kapitalistische Reichtumsproduktion. Nicht die Gesellschaft lebt über ihre Verhältnisse, sondern die spezifische Produktionsweise, an die die Gesellschaft gekettet ist. Die Potenziale, die die Ursache der Krise sind, könnten unter anderen gesellschaftlichen Umständen dafür genutzt werden, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und auf ökologisch verträgliche Weise zu produzieren.

Warum ist für die Veränderung der gesellschaftlichen Umstände ein Systemwechsel erforderlich?

Bündnis 90/Die Grünen leben es uns in diesen Tagen vor: Sie

präsentieren ein Programm-entwurf für die Bundestagswahl als »Vitaminspritze für dieses Land« (Habeck). Darin propagieren sie eine sozialökologische Neubegründung und die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, alles ohne radikalen Umbau. Diese Illusion eines klimagerechten Wohlstandes ist genau eine solche Referenz, die die Akkumulation des fiktiven Kapitals braucht, um darauf hinzuweisen, dass es auch in Zukunft zu einer Einlösung der Ansprüche auf zukünftigen Wert kommt und sich damit der wirtschaftliche Aufschwung abzeichnen wird. Ob die Illusion erfüllt wird, oder nicht, muss sich noch erweisen. Fakt ist, dass es damit zu einem weiteren Krisenaufschub kommen würde. Janine Wissler, Co-Vorsitzende der Partei DIE LINKE, nennt »den marktgerechten Klimaschutz eine Chimäre« und den Slogan, dass den Bürgern mit den Grünen eine grandiose Zukunft winkt, weil in diesem Land alles vorhanden sei, was zur Bewältigung der Herausforderungen notwendig wäre, eine Lebenslüge der Grünen. Thies Gleiss, Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE, geht noch einen Schritt weiter: »Die Grünen präsentieren sich als die Partei, die den Kapitalismus mehr liebt als alle anderen.« Ihr Versprechen sei nicht weniger als das, woran CDU und SPD gerade zweifeln, die Modernisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft, sagte er gegenüber der Jungen Welt.

*Ines Nowack
Kreisvorsitzende*

Spendensammlung zum Welttag des Buches

Da hat sich Cornelia Böhme, Neuruppiner Stadtverordnete für DIE LINKE, mit ihrem sozialen Engagement mal wieder selbst übertroffen. Anlässlich des Welttages des Buches führte DIE LINKE eine Aktion auf dem Neuruppiner Schulplatz durch, bei der insgesamt 600 Euro durch Spenden zusammenkamen. Stöbern, schnackern, informieren ... der Büchertisch wurde von

den Neuruppiner:innen sehr gut angenommen. Jeweils 200 Euro wurden an das Mehrgenerationenhaus »Krümelkiste«, den Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. und an das Grundbildungszentrum der Kreisvolkshochschule OPR übergeben (siehe Foto: 080.6.21, Übergabe direkt an Teilnehmer des Grundbildungskurses (Alphabetisierung).



Erinnerung

Gebäude der Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald wird 40 Jahre alt

Am 07.05.1981 wurde die Gedenkstätte Todesmarsch um das Gebäude für ein kleines Museum erweitert. Es entstand an der Stelle des ehemaligen Hirtenhauses, in dem bis 1978 noch Familie Lohmann wohnte. Lohmanns betreuten bis dahin auch die Gedenkstätte und berichteten Besuchern von den Ereignissen im Wald. Das neue Haus wurde von Lehrlingen des damaligen VEB (K) Bau im Rahmen einer Feierabendbrigade gebaut. Die Jugendlichen arbeiteten also nach Feierabend an dem Gebäude. Die Eröffnung des Museums fand unter Führung des Kulturministers der DDR, Siegfried Wagner, statt. Zahlreiche Exponate fanden ihren Platz, und auch ein kleiner Raum für Gespräche und Filmvorführungen stand zur Verfügung.

Seit der Eröffnung gehören wir zur Gedenkstätte Sachsenhausen (heute Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten). Viele Schulklassen und Erwachsenengruppen nutzen das Angebot. Das Personal bestand aus zwei Mitarbeitern, unsere unvergessene Genossin Eva Salpeter und Edith Lück. Sie begrüßten hier sehr viele Besucher und führten Veranstaltungen durch. Im Laufe der 90iger Jahre wechselte die Leitung, für ein Jahr leitete Marianne Ihrke die Gedenkstätte, dann folgte Antje Zeiger bis 2004. Ihrem Engagement verdanken wir heute zahlreiche Bodenfunde und in Kunststoff gegossene Abdrücke der Spuren in den Bäumen. Frau Zeiger sammelte auch einen umfangreichen Bestand an Akten aus verschiedenen Archiven. 2010 wurde die Ausstellung von Carmen Lange als neue Leiterin (seit 2004) überarbeitet und neu konzipiert. Seitdem gibt es eine Außen- ausstellung, die bei Tageslicht frei zugänglich ist. Das Haus ist nun eine Projektwerkstatt mit großen



Räumen für Schülerprojekte und Veranstaltungen, das sehr viel genutzt wird.

Kernstück der Gedenkstätte bleibt der Wald mit den Spuren in Boden und Bäumen. Im Jahr 2002 gab es einen neonazistischen Brandanschlag, der einen Teil der Ausstellung vernichtete. Zum Glück waren es nur Fotokopien, die Metallteile überstanden den Brand. Die Täter sind nie ergriffen worden. Dieser Anschlag führte zu mehr Bekanntheit der Gedenkstätte und es gründete sich ein Förderverein. Jährlich im September erinnern Pritzwalker Schüler mit einer Fahrradsternfahrt an diesen Anschlag. Bis vor ein paar Jahren konnten wir dazu auch Überlebende des Todesmarsches begrüßen, die von ihrem Erleben berichteten. Ein weiterer Anschlag 2008 wurde vereitelt, die Täter verurteilt.

Wir freuen uns schon auf die Zeit nach Corona, wenn wir wieder viele Gäste zu Projekten und Veranstaltungen begrüßen können. Jährlich besuchen uns circa 4.000 bis 5.000 Gäste. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website.

Kerstin Zillmann

Rheinsberger lesen gegen das Vergessen

DIE LINKE. Rheinsberg-Lindow präsentierte am Nachmittag des 16. Mai innerhalb der Rheinsberger Friedensrunde das »Lesen gegen das Vergessen« vor der wunderschönen Kulisse auf dem Kirchplatz in Rheinsberg. Ohne jeden Zweifel ein Highlight für Rheinsberg, die Rheinsberger Friedensrunde und unsere Partei.

80 Besucher folgten unserer Einladung und erlebten einen wunderschönen, bewegenden und Kraft spendenden Sonntag Nachmittag. Durch die Veranstaltung führte unsere Genossin Gudrun Kurzke. Jane Zahn, die Kabarettistin von der Rheinsberger Musikbrennerei, hatte als Projekt-Managerin die Fäden der Vorbereitung in der Hand und ließ es sich natürlich auch nicht nehmen, selbst zu lesen.

Unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann ging für uns »auf die Bühne«, ebenso Paul Schmudlach. Und nicht zuletzt müssen in der Runde der Rheinsberger »Leser« die Genossen Heinz Karwath und Jürgen Neumann genannt werden.

Wir waren in der Vorbereitung und Durch-

führung sehr präsent und würdig vertreten.

Beeindruckend: Zwei Profis aus Berlin – die Schauspielerin Katharina Goebel vom Dokumentar-Theater und der TV-Sprecher Viktor Pavel haben sich von dem Gedanken infizieren lassen, einmal nicht für Geld, sondern für einen guten Zweck zu lesen.

Als Mitglieder der Rheinsberger Friedensrunde rezitierten u.a. der ehemalige Vorsitzende der Berliner Anwaltskammer Herr Ehrig, unser Pfarrer Christoph Römhild und Dr. Winfried Müller von den Grünen sowie Wiebke Papenbrock (SPD).

Das hervorragende Engagement des gesamten Rheinsberger Regionalverbandes, all unsere voll motivierten Genossinnen und Genossen, die mit vorbereitet haben, mit aufbauten, mit abbauten, mit organisierten, mit assistierten, mit fieberten und mit applaudierten, trugen zum Erfolg dieses kulturellen Highlights für Rheinsberg bei.

Und natürlich auch dazu, dass die Teilnehmer anschließend glücklich nach Hause gingen.

Jürgen Neumann

Kurzmeldungen

Tag der Befreiung

Erneut fanden am 8. Mai Veranstaltungen anlässlich des 76. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus in Alt Ruppin, Neuruppin und anderen Orten statt. Die Veranstaltung in Alt Ruppin wurde, wie in jedem Jahr, von der Ortsbürgermeisterin Heidemarie Ahlers und der Freundschaftsgesellschaft vorbereitet. Der Bürgermeister der Fontanestadt, Nico Ruhle, sprach Worte des Gedenkens und der Mahnung. Musikalisch begleitet wurde alles von Jane Zahn aus Rheinsberg. Anschließend fand ein stilles



Gedenken am Sowjetischen Ehrenfriedhof in der Alt Ruppiner Allee in Neuruppin statt. Der Stadtvorstand der LINKEN hatte diese Veranstaltung bei Polizei und Ordnungsbehörden (unter Einhaltung aller Sicherheitsauflagen) angemeldet. Die Gedenkstätte wurde durch Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft entsprechend vorbereitet und mit Blumen und Fahnen geschmückt. An dieser Veranstaltung nahmen circa 50 Menschen teil.

*Cornelia Böhme und
Achim Behringer*

Unser Konto für Spenden & Einzahlungen

DIE LINKE. OPR
IBAN: DE47 1606 1938
0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank
Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck:
Spende Märkische Linke

Bitte geben Sie Ihren Namen & Ihre Adresse an. Die Daten behandeln wir vertraulich.



Langer Atem vonnöten

Gegenwind-Protzen ist eine Bürgerinitiative (BI), die sich in engem Zusammenschluss mit der BI in Manker konkret gegen die Planung eines Windparks in unmittelbarer Nähe zu unserem Dorf und schützenswerten Biotopen mit einer Artenvielfalt an Flora und Fauna wendet.

Uns ist bewusst, dass erneuerbare Energien elementar wichtig sind, damit wir und zukünftige Generationen wenigstens die Chance wahren, den Tribut, den wir für uns von unserer Umwelt fordern, Stichwort Klimawandel, zu minimieren. Es braucht technischen Fortschritt und schlüssige Konzepte, um grundlegende Veränderungen zum Wohle der Allgemeinheit herbeizuführen.

Aber es müssen auch kritische Fragen zu dieser Problematik gestattet sein, die beantwortet werden müssen, bevor kurzfristig und kurzfristig Tatsachen geschaffen werden, ohne dass die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind.

Die BI in Protzen beschäftigt sich seit 2013 mit dieser Problematik, seitdem die Pläne für ein Windeignungsgebiet bekannt wurden. Lange Zeit war es nun ruhig gewesen und viele dachten schon, das Thema hätte sich erledigt. Doch nun liegen die Genehmigungsanträge von zwei Firmen für vorerst 14, jeweils 250 Meter hohe Windkraftanlagen in der unmittelbaren Nachbarschaft unseres Dorfes, vor. Bis

zum 21.05.21 konnten diese Unterlagen von allen Bürgern eingesehen werden, und noch bis zum 21.06.21 besteht die Möglichkeit, Einwendungen zu äußern. Ohne die aktive Beteiligung der Dorfgemeinschaft droht eine nachhaltige Schädigung unserer Dörfer und der Fehrbelliner Region. Wir gelten als Naherholungsgebiet für die Metropolregion Berlin. Wir haben Naturschätze und Artenvielfalt direkt vor der Haustür. Wenn wir diese nicht gefährden wollen und auch in Zukunft die Kraniche und Störche über unsere Dörfer ziehen sehen wollen, müssen wir jetzt aktiv werden. Unsere BI Gegenwind hatte dazu kürzlich zwei Info-Veranstaltungen sowie eine Demonstration organisiert. Die Resonanz war überwältigend.

Die Gemeinde Fehrbellin hat im Auftrag der Gemeindevertretung bereits das »gemeindliche Einvernehmen« zum Bauvorhaben von 14 Windkraftanlagen versagt, also abgelehnt. Trotzdem kann das federführende Landesumweltamt das Einvernehmen »ersetzen«, sich also darüber hinwegsetzen. Die Gemeinde hat bereits signalisiert, zu prüfen, inwieweit ein Klageverfahren eingeleitet werden kann. Auch deshalb ist es wichtig, dass von Seiten der Bürger möglichst viele begründete Einwendungen geschrieben werden.

*Dieter Sarnow
für die BI Gegenwind-Protzen*

Termine (Aktualisierungen auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 23.06.2021	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 01.07./05.08.	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 01.07./05.08.	Beratung des RV DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Burgstr. 27
Wochenende, 31.07./01.08.	Plakatierung zur Bundestagswahl Freiwillige Helfer:innen bitte unter kv@dielinke-opr.de melden. Danke!

Bildrechte: (1) DIE LINKE (2) Anja Mayer (3) Ronny Kretschmer / Foto Pepe (4) DIE LINKE. OPR (5) Adobe Stock 265681494 (6) Cornelia Böhme (7) Kerstin Zillmann / Gedenkstätte Belower Wald (8) Jürgen Schubert (9) Adobe Stock 224052321

Kontakte

DR. KIRSTEN TACKMANN

Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«
Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308
Funk: 0173 3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**
Tel: 033971 32857 Fax: 033971 32893
E-Mail: koenig@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 – 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHMUDLACH**
Tel.: 03391 2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 – 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Burgstraße 27, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**
Tel: 03394 4018699
E-Mail: richter@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Di. u. Do. 10.00 – 12.00 Uhr
Do. 16.00 – 18.00 Uhr

RONNY KRETSCHMER

Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik
Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiterin **JENNY SALZWEDEL**
Tel: 03391 5123477
E-Mail: ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 08.00 – 15.00 Uhr

DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
Tel: 03391 655420
Fax: 03391 655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 10.00 – 13.00 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer LUKAS BLANK

Termine nach Absprache
Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**
1. Freitag im Monat: 15:30 – 17:30 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion **JUSTIN KÖNIG**, Termine nach Absprache unter info@linksfraktion-opr.de

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, 16866 Kyritz
Tel: 033971 72086
Fax: 033971 32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Do. 10.00 – 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Burgstraße 27, 16909 Wittstock
Tel: 03394 4002971
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Di. u. Do. 09.00 – 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Rheinsberg
Schlossstraße 20, 16831 Rheinsberg
E-Mail: rbg-ldw@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Di. 17.30 – 18.30 Uhr

Herausgeber: DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Ines Nowack, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de
Leitender Redakteur: Justin König
Redaktion: Hans-Joachim Müller, Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers beziehungsweise der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 23.07.2021
Erscheinungsdatum: 05.08.2021